

# Untersuchungen zum deutschen Vertriebenen- und Flüchtlingsproblem

Herausgegeben von Prof. Dr. Bernhard Pfister

---

## Die wirtschaftliche Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge in Schleswig-Holstein

Von

Dr. Friedrich Edding



VERLAG VON DUNCKER & HUMBLLOT  
BERLIN 1955

**Schriften des Vereins für Sozialpolitik**  
**Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften**  
**Neue Folge Band 7/V**

**SCHRIFTEN  
DES VEREINS FÜR SOZIALPOLITIK**

Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

Neue Folge Band 7/V

---

**Untersuchungen zum deutschen  
Vertriebenen- und Flüchtlingsproblem**

Herausgegeben von Prof. Dr. Bernhard Pfister

Zweite Abteilung: EINZELDARSTELLUNGEN

**Die wirtschaftliche Eingliederung der Vertriebenen  
und Flüchtlinge in Schleswig-Holstein**

Von Dr. Friedrich Edding



**VERLAG VON DUNCKER & HUMBLOT  
BERLIN 1955**

# Die wirtschaftliche Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge in Schleswig-Holstein

Von

Dr. Friedrich Edding



VERLAG VON DUNCKER & HUMBLLOT  
BERLIN 1955

**A l l e R e c h t e v o r b e h a l t e n**

Copyright 1955 by Duncker & Humblot, Berlin-Lichterfelde  
Gedruckt 1955 bei Berliner Buchdruckerei Union GmbH., Berlin SW 29

## Vorwort

Die Wanderungs- und Eingliederungsvorgänge, die Schleswig-Holsteins Wirtschaft seit 1945 bestimmen, sind in ihren ökonomischen Zusammenhängen noch wenig erforscht. Es erschien wünschenswert, diese Entwicklungen darzustellen und damit bessere Urteilsgrundlagen für die künftig einzuschlagenden Wege zu gewinnen. Leider fehlt es an den für den Ökonomen wichtigsten Unterlagen einer solchen Untersuchung. Statistiken der Zahlungsbilanz, des Volkseinkommens, der Investitionen und der Produktivität z. B. sind teils gar nicht, teils nicht für neuere Jahre verfügbar. Ebenso sind die als ökonomische Maßstäbe der individuellen und Gruppeneingliederung wichtigsten Daten, wie Vermögen, Einkommen, Leistungsstufen nicht gesondert für Vertriebene, Flüchtlinge und übrige Bevölkerung erfaßt. Diesem letztgenannten Mangel hätte durch einige Repräsentativerhebungen abgeholfen werden können. Doch dazu fehlten die Mittel. So ist diese Studie als ein Vorbericht zu werten, der vielleicht dazu anregen wird, eine vollkommen befriedigende Darstellung für einen späteren Zeitraum vorzubereiten, in dem sich die Wanderung über die Grenzen und innerhalb des Landes normalisiert haben wird.

Der Verfasser dankt allen Dienststellen des Landes, die ihn durch Unterlagen und Beratung unterstützt haben, insbesondere dem Statistischen Landesamt, ferner den Mitarbeitern im Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, die es ihm ermöglichten, diese Studie neben den laufenden Institutsarbeiten fertigzustellen.

Kiel, im August 1954.

F. E d d i n g.



## Inhalt

<b>Vorwort</b> .....	5
<b>Einführung und Zusammenfassung</b> .....	9
<b>I. Der Einstrom der Vertriebenen und Flüchtlinge und die Maßnahmen zur Lösung der dadurch entstandenen Probleme</b>	
1. Der Einstrom .....	16
2. Bemühungen des Landes um Bevölkerungsausgleich .....	19
3. Maßnahmen zur Eingliederung .....	26
4. Der langfristige Entwicklungsplan .....	31
<b>II. Veränderungen der Bevölkerungsverhältnisse unter dem Einfluß der Zu- und Abwanderung</b>	
1. Wanderung und natürliche Bevölkerungsbewegung .....	35
2. Veränderungen in Kreisen und Gemeinden .....	36
3. Wirkung der Wanderung auf Geschlechtsverhältnis und Altersaufbau .....	41
4. Auswanderung .....	44
<b>III. Veränderungen in der Erwerbs- und Sozialstruktur</b>	
1. Erwerbsbeteiligung .....	45
2. Soziale Stellung .....	50
<b>IV. Beschäftigung und Arbeitslosigkeit</b>	
1. Die Gesamtentwicklung .....	54
2. Beschäftigung von Vertriebenen und Flüchtlingen .....	58
3. Arbeitslosigkeit der Vertriebenen und Flüchtlinge und ihre regionale Verteilung .....	61
<b>V. Probleme der Eingliederung ehemals Selbständiger</b>	
1. Allgemeine Entwicklung .....	66
2. Landwirtschaft .....	68
3. Industrie und Handwerk .....	79
4. Steuerleistung der einkommensteuerpflichtigen Vertriebenen ....	87
<b>VI. Die Wirkung der Wanderungsbewegungen auf die Gesamtwirtschaft Schleswig-Holsteins</b> .....	89
<b>Anhang</b>	
Tabellen und Dokumente (mit Verzeichnis) .....	99





## Einführung und Zusammenfassung

Die Probleme, die durch die große Zwangswanderung seit 1945 in Westdeutschland entstanden und die Wege, die beschritten wurden, um sie zu lösen, sind sich in allen Teilen des Aufnahmegebietes ähnlich. Die Frage, ob die durch das Vorrücken des sowjetischen Machtbereichs nach Westdeutschland vertriebene oder verdrängte Bevölkerung, soweit sie erwerbsfähig ist, dort wirtschaftlich befriedigend eingegliedert werden kann, wird von der Wissenschaft seit einigen Jahren im allgemeinen bejaht. Die Aufgabe wird bei wirksamer internationaler Zusammenarbeit mit dem Ziel der gemeinsamen Mehrung des Wohlstandes, insbesondere ausreichender Wettbewerbsfreiheit im internationalen Handel, für lösbar gehalten. Da aber die zusätzliche Bevölkerung in einer Weise über das Gebiet der Bundesrepublik verteilt worden war, die regional krasse Mißverhältnisse von Bevölkerungsdichte und wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten schuf, entstanden schwierige Ausgleichsprobleme. Diese zu lösen, wurde erstlich erst nach der Gründung der Bundesrepublik begonnen und bis heute sind sie noch Anlaß vieler wissenschaftlicher und politischer Kontroversen.

Schleswig-Holstein mußte seit 1945 einen Zustrom von Vertriebenen und Flüchtlingen<sup>1</sup> aufnehmen. Zeitweise erhöhte sich seine Bevölkerungszahl um mehr als 70 vH. 1939 betrug die Bevölkerungsdichte 101 Einwohner je qkm, Ende 1948: 176, Mitte 1954: 148. Es lebten also jetzt noch immer fast um die Hälfte mehr Menschen in Schleswig-Holstein als 1939. Dabei war das Land in den dem zweiten Weltkrieg vorangehenden 100 Jahren fast immer ein Abwanderungsgebiet. Seine Bevölkerung ist zwar seit dem Anfang des 19. Jahrhunderts mit der Entwicklung der wirtschaftlichen Möglichkeiten ständig gewachsen. Doch waren die Existenzaussichten, die das Land bot, vergleichsweise nicht so groß und verlockend, daß sie den gesamten natürlichen Zuwachs an das Land hätten binden können. Der Bevölkerungsdruck führte nicht, wie etwa in Württemberg, zu schneller und breiter Industriali-

---

<sup>1</sup> Als Flüchtlinge werden hier und im folgenden alle Personen bezeichnet, die im amtlichen statistischen Sprachgebrauch „Zugewanderte“ genannt werden, d.h. Personen, die 1939 ihren Wohnsitz in der sowjetischen Besatzungszone und Berlin hatten. Gelegentlich wird der Ausdruck Flüchtlinge auch als Sammelbegriff für Vertriebene und Zugewanderte verwendet. Oft sind mangels ausreichender Untergliederung der Statistik nur Aussagen über die Vertriebenen möglich.

sierung. Bis 1900 gab Schleswig-Holstein in allen Zählungsperioden einen erheblichen Teil seines natürlichen Bevölkerungsüberschusses in Gebiete mit günstigeren Verhältnissen ab. Dies gilt auch von den Perioden 1910—25 und 1925—33. Nur von 1900 bis 1910 und in der Zeit nach 1933, in den Jahren also des besonders starken Ausbaus der Marinebasen und der dazugehörigen Rüstungsindustrie, ergab sich per Saldo ein Wanderungsgewinn. Insgesamt nahm die Bevölkerung seit der Zählung von 1843 in hundert Jahren um beinahe eine Million zu — und zwar fast ausschließlich durch Geburtenüberschuß —, um etwa die gleiche Zahl dann in den vier Jahren 1945—48, jetzt aber nur durch Wanderung.

Tabelle 1  
Die Bevölkerungsentwicklung in Schleswig-Holstein  
1843—1954

Stichtag	Bevölkerung 1000	Zu- oder Abnahme <sup>a</sup> 1000	davon	
			Geburten- überschuß 1000	Wande- rungssaldo 1000
Dez. 1843 <sup>b</sup>	734			
3. 12. 1852 <sup>b</sup>	795	61	66	— 5
3. 12. 1861 <sup>b</sup>	846	51	87	— 36
3. 12. 1871 <sup>b</sup>	894	48	99	— 51
1. 12. 1880 <sup>b</sup>	977	83	119	— 36
1. 12. 1890 <sup>b</sup>	1076	99	142	— 43
1. 12. 1900 <sup>b</sup>	1240	164	184	— 20
1. 12. 1910 <sup>b</sup>	1455	215	202	+ 13
1. 12. 1910 <sup>c</sup>	1320			
16. 6. 1925 <sup>c</sup>	1373	53	102	— 49
16. 6. 1933 <sup>c</sup>	1420	51	67	— 16
17. 5. 1939 <sup>c</sup>	1589	169	77	+ 92 <sup>d</sup>
29. 10. 1946 <sup>c</sup>	2650	1061	— 48	+ 1109
13. 9. 1950 <sup>c</sup>	2595	22	66	— 44
31. 3. 1954 <sup>c</sup>	2336	— 259	37	— 296

<sup>a</sup> Gegenüber dem vorhergehenden Erhebungsjahr. — <sup>b</sup> Gebietsstand etwa dem von 1933 entsprechend berechnet. — <sup>c</sup> Gebietsstand 1950 (z. T. geschätzt). — <sup>d</sup> Die hier zugrundegelegte Zahl der Wohnbevölkerung war in Schleswig-Holstein besonders stark durch Wehrmachts- und Arbeitsdienstangehörige überhöht. Die ständige Bevölkerung war um rund 50 000 kleiner. Demnach ist auch der echte Wanderungssaldo als sehr viel niedriger anzunehmen.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Grund der Zählungswerke des Deutschen Reiches und der Veröffentlichungen des Statistischen Landesamts Schleswig-Holstein. Wegen zahlreicher Gebietsveränderungen sind die Zahlen vor 1939 nur als annähernd richtig zu betrachten.

Der Strom der Vertriebenen und Flüchtlinge kam in ein Land, in dem seit Jahrzehnten keinerlei ökonomisch vertretbare Möglichkeit bestand, die unmittelbar in der Landwirtschaft tätige Bevölkerung insgesamt zu vergrößern. Dauerhafte Eingliederung zusätzlich Erwerbstätiger war nur in den übrigen Wirtschaftszweigen zu verwirk-

lichen. Die Gewichtsverteilung hatte sich innerhalb der Gesamtwirtschaft des Landes schon seit langem zugunsten der nichtlandwirtschaftlichen Produktion und Dienstleistungen verlagert, deren Anteil am Sozialprodukt 1936: 78 vH betrug (Industrie und Handwerk 43 vH). Von 1936 bis in den Krieg hinein hatte sich das Verhältnis noch mehr zugunsten der nichtagrarisches Sektoren der Wirtschaft verschoben. Man mag in der Rückschau finden, daß die betont rüstungswirtschaftliche Expansion der Industrie verfehlt war, jedoch war der Ausbau der gewerblichen Wirtschaft an sich notwendig, und es stand außer Zweifel, daß die Entwicklung auch ohne die starke Bevölkerungszunahme in dieser Richtung hätte weitergetrieben werden müssen.

Das Übergewicht der Rüstungsindustrie hatte jedoch nach 1945 wie schon nach dem ersten Weltkrieg in Schleswig-Holstein einen besonders schweren Rückschlag in der gewerblichen Entwicklung verursacht. Etwa ein Fünftel der Industriebeschäftigten verlor durch Kriegszerstörungen und Demontagen den Arbeitsplatz. Hinzu kam, daß die intensiven Beziehungen zu Mecklenburg und den übrigen Teilen der sowjetischen Besatzungszone abgeschnitten wurden und die Möglichkeiten der Ostseeschifffahrt und des Ostseehandels stark zusammenschumpften. Besonders erschwerend wirkte das z. T. erst 1950 aufgehobene Verbot des Wiederaufbaus auf dem vorher für Rüstungszwecke benutzten Industriegelände. Da somit auch ein erheblicher Teil der einheimischen Bevölkerung seine früheren Einkommensmöglichkeiten verloren hatte und die Gesamtlage in den ersten Nachkriegsjahren zu wenig Hoffnungen auf Entwicklung von Industrie und Handel Anlaß gab, erschienen zunächst Möglichkeiten der wirtschaftlichen Eingliederung zusätzlicher Bevölkerung kaum gegeben. Soweit deutsche Stellen damals verantwortlich mitwirken konnten, war ihr Bestreben fast ausschließlich darauf gerichtet, in einem Zustand, der allgemein als Provisorium betrachtet wurde, allen Notleidenden soweit möglich zu helfen und vor allem die Militärbehörden von der Unsinnigkeit weiterer Hereinnahme von Vertriebenen und Flüchtlingen zu überzeugen. Letzteres gelang im Prinzip Mitte 1946.

Etwa gleichzeitig war Schleswig-Holstein als selbständiges Land konstituiert worden. Seine Einwohnerzahl stand aber zu den Einkommensmöglichkeiten in einem derartigen Mißverhältnis, daß es ohne stärkste Eingriffe ausgeschlossen erscheinen mußte, diesen Staat aus eigener Kraft lebensfähig zu machen. Alle Regierungen des Landes haben sich in Konsequenz dieser Erkenntnis seit 1946 um zwei Ziele bemüht: einerseits um Entlastung von dem übermäßigen Bevölkerungsdruck und den hohen finanziellen Lasten, andererseits um produktive Eingliederung eines angemessenen Anteils der in Westdeutschland aufgenommenen Vertriebenen und Flüchtlinge. Wirksam entlastet wurde